

2014-10-18 Die Welt - Viele Straßenbau-Projekte von Dobrindt wackeln

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article133406397/Viele-Strassenbau-Projekte-von-Dobrindt-wackeln.html>

Viele Straßenbau-Projekte von Dobrindt wackeln

Verkehrsminister Dobrindt erregt nicht nur mit der Maut den Zorn des Haushaltsausschusses. Mit sieben von 27 geplanten Projekten entfallen viele auf Bayern. Ob sie gebaut werden dürfen ist unklar.

Von Matthias Kamann, Politikredakteur



Aufreger: Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt am Donnerstag im Bundestag bei der Debatte um die Digitale Agenda

Einige Teilnehmer erzählten von "schweren Adrenalinschüben", andere von einem "lustigen Nachmittag". Aber für Alexander Dobrindt (CSU) war es nicht lustig. Fast drei Stunden lang wurde der Bundesverkehrsminister am Donnerstag im Haushaltsausschuss des Bundestages gelöchert und bekam große Verärgerung auch von Koalitionspolitikern zu spüren. Dabei ging es zunächst gar nicht um die Pkw-Maut.

Sondern um Dobrindts Straßenbaupolitik. Der CSU-Politiker hatte im Sommer mitgeteilt, er werde 27 Neubeginnprojekte für insgesamt 1,72 Milliarden Euro in den Straßenbauplan aufnehmen. Autobahnausbauten hier, Ortsumgehungen dort. Das geschah am Parlament vorbei, was in solcher Größe ungewöhnlich, aber erlaubt ist. Mit dem Ausgabenplan hat Dobrindt jedoch den Betrag von fünf Milliarden Euro

geschmälert, den die große Koalition in dieser Legislaturperiode für zusätzliche Investitionen ins Verkehrsnetz vorgesehen hat.

Denn von den fünf Milliarden sind für den Straßenbau nur 2,2 Milliarden Euro frei verfügbar. Wenn Dobrindt davon 1,72 Milliarden in Neu- und Ausbauten steckt, bleibt wenig vom verkehrspolitischen Koalitionsgrundsatz "Erhalt vor Neubau" übrig. Hinzu kommt, dass elf dieser 27 Projekte nicht als unaufschiebbar eingestuft wurden und noch einmal geprüft werden sollten. Dobrindt nahm sie trotzdem in seinen Plan auf. Auffällig war der große Anteil bayerischer Projekte – sieben von 27. Rund 450 Millionen Euro sollten in Bayern verbaut werden.

Aber für den größten Ärger im Ausschuss sorgte, wie Dobrindts Ministerium nach seiner sommerlichen Ankündigung auf Nachfragen reagierte. Die SPD-Haushälterin Bettina Hagedorn hatte vom Ministerium Näheres über die 27 Projekte wissen wollen – bekam aber erst am Donnerstag eine belastbare Antwort. Diese Antwort, die der "Welt" vorliegt, hat es in sich.

Dobrindt entschuldigte sich zunächst für die späte Information

Das Ministerium teilte mit, dass von den 27 Projekten erst fünf in den Straßenbauplan eingestellt werden konnten, weil sie die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden haben. Fünf weitere liegen zur Begutachtung im Finanzministerium, ein weiteres ist in der Einstufung strittig. Zu den 16 anderen mit einem Gesamtvolumen von 721 Millionen Euro heißt es in der Antwort an Hagedorn lapidar: "Einstellung in den Straßenbauplan erst, wenn die Voraussetzungen nach § 6 und 7 der Bundeshaushaltsordnung erfüllt sind."

Diese Voraussetzungen sind, dass die Projekte "zur Erfüllung der Aufgaben des Bundes notwendig" sein und den Grundsätzen "der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit" entsprechen müssen. Daraus folgt: Bei diesen 16 von Dobrindt angekündigten, aber noch nicht eingestellten Vorhaben weiß sein Haus bis jetzt nicht, ob sie gebaut werden dürfen. Dazu gehören übrigens sechs der sieben bayerischen Projekte, deren siebtes das strittige ist.

Als Dobrindt auf all dies im Ausschuss angesprochen wurde, entschuldigte er sich zunächst für die späte Information und verwies dann auf Behörden, die nicht alle Unterlagen eingereicht hätten. Offen blieb aber, warum er für diese Projekte die Aufnahme in den Straßenbauplan angekündigt hat – und auch, warum über die Entwicklung nur Hagedorn informiert worden ist. Normalerweise werden solche Auskünfte allen Ausschussmitgliedern zugestellt.

Entsprechend verärgert reagierten die Grünen. Grundsätzlich, weil Dobrindt mit den 27 Projekten trotz des schlechten Zustands der Verkehrsinfrastruktur eine ideologische "Neubau-vor-Erhalt-Politik" betreibt, die "verantwortungslos und extrem teuer" sei, wie der grüne Haushaltsexperte Sven-Christian Kindler der "Welt" sagte. Nicht hinnehmbar sei aber auch Dobrindts Vorgehen. "Die Intransparenz und Verschleierungstaktik des Verkehrsministeriums bei diesen 27 neuen Straßenprojekten ist völlig inakzeptabel", sagte Kindler. "Dass Alexander Dobrindt

per Selbstermächtigung auch neue Straßenprojekte außerhalb des beschlossenen Haushaltes beginnen kann, ist eine dreiste Umgehung des Bundestages."

Maut wird zunächst einmal Kosten verursachen

Dabei hatte sich der Haushaltsausschuss just am Donnerstag auf mehr Transparenz verständigt. Die Mitglieder beschlossen, dass künftig die Kosten aller Projekte im Verkehrsbereich wesentlich genauer aufgelistet werden müssen. Schon ab 2015 soll für den Ausschuss präzise ersichtlich werden, wann wofür wie viel Geld ausgegeben wird und warum es zu Kostensteigerungen kommt. "Damit stärken wir die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten des Bundestages", stellten die Haushalter der großen Koalition, Hagedorn und Eckhardt Rehberg (CDU), in einer gemeinsamen Erklärung befriedigt fest. Doch dann so ein Streit mit Dobrindt über mangelnde Transparenz bei Straßenbauprojekten.

Ausgesprochen undurchsichtig sind aber auch die Verhältnisse bei der Pkw-Maut, die den Haushaltsausschuss ebenfalls interessierte. Denn die Maut wird, wenn sie kommt, zunächst einmal Kosten verursachen: Der Verwaltungsapparat für den Vignettenverkauf muss aufgebaut werden. Diesen Apparat will Dobrindt beim Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) in Flensburg ansiedeln. Nach Informationen der "Welt" haben dies Vertreter des Ministeriums bereits Abgeordneten des Bundestages mitgeteilt.

Im KBA jedoch, das Dobrindts Ministerium untersteht und bislang vor allem die Verkehrssünderkartei betreut, müssten bis zu 1500 neue Stellen geschaffen werden. Bisher hat das Amt knapp 700 Mitarbeiter. Für den Stellenaufwuchs und den Ausbau der IT-Kapazitäten in Flensburg dürften rund 100 Millionen Euro erforderlich sein.

Ein solcher Betrag ist im Bundeshaushalt 2015 bislang jedoch nicht eingeplant. Kein Wunder: Dobrindt hat noch keinen Gesetzentwurf für die Pkw-Maut vorgelegt. Der Verwaltungsapparat müsste aber bereits im kommenden Jahr geschaffen werden, um die Pkw-Maut wie von Dobrindt geplant bereits ab Januar 2016 einführen zu können. Auf die entsprechenden Fragen antwortete Dobrindt im Ausschuss so, wie er bislang auf alle Fragen zu dem Thema reagiert hat: Er werde ja noch im Oktober seinen Entwurf für die Pkw-Maut vorlegen. Aber der Bundeshaushalt 2015 wird allerspätestens Ende November zugemacht.